

Inhalt

Grundsatz

Digitalisierung und Automatisierung

Arbeitswelt 4.0

Aus- und Weiterbildung 4.0

BetriebsrätInnen-Ausbildung 4.0

Privatleben 4.0

Lehrlinge 4.0

Frauen/Mitbestimmung/Gleichstellung 4.0

Pensionen 4.0

Gesundheit 4.0

Lebenswelten 4.0

Globales Arbeiten 4.0

Faires Steuersystem 4.0

Migration und Integration 4.0

Mindestsicherung 4.0

Leitantrag

Arbeiten, um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unseren Branchen arbeiten körperlich schwer. Unter schwierigsten Arbeitsbedingungen erbringen sie täglich in Produktionshallen und im Freien bei Hitze, Kälte, Wind und Regen hervorragende Leistungen. Ziel der Gewerkschaft Bau-Holz ist es, die Lebenswelt der Beschäftigten der Bau-, Holz- und Steinbranchen ständig zu verbessern.

Aus diesem Grund haben wir sieben Leitlinien und Kernziele für unsere zukünftige Arbeit definiert:

1. Beschäftigung sichern
2. Einkommen steigern
3. Betriebsräte stärken
4. Aus- und Weiterbildung forcieren
5. Sozialsystem ausbauen
6. Faires Steuersystem
7. Demokratie leben und sozialen Frieden erhalten

Die GBH ist eine aktive Gewerkschaft, deren Zielsetzung eine **gerechte und sichere Arbeitswelt für alle Mitglieder** ist.

Nur ein **hoher und ständig steigender Mitgliederstand** kann die soziale Stabilität gewährleisten und somit bereits Erreichtes auch zukünftig sichern. Die GBH sieht es auch als eine ihrer Kernaufgaben, die Gesellschaft und die Wirtschaft in Österreich, aber auch in der Europäischen Union und über die europäischen Grenzen hinaus aktiv mitzugestalten. **Viele Probleme – wie Lohn- und Sozialdumping, Integration und Migration – enden nicht an der österreichischen Staatsgrenze** und können nur gemeinsam grenzübergreifend gelöst werden.

Die GBH bekennt sich zur Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe. Im Rahmen einer gelebten Sozialpartnerschaft wollen wir weiterhin Zukunftsvisionen und Konzepte gemeinsam erarbeiten, einbringen und umsetzen, um so die Lebenswelt der Beschäftigten zu verbessern.

Die GBH setzt sich für eine intakte Umwelt ein und will den künftigen Generationen ein lebenswertes Österreich nachhaltig sichern. Mit der Initiative UMWELT + BAUEN

haben wir bewiesen, dass Bauen und Umwelt nicht im Widerspruch stehen müssen.

Die GBH setzt sich für Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein. Wir wenden uns gegen Diskriminierung im Erwerbsleben, sei es beim Zugang, bei der Entlohnung oder beim Karriereverlauf.

Der GBH ist die Jugend ein großes Anliegen. Die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend muss oberste Priorität haben. Nur gut ausgebildete und gerecht entlohnte Fachkräfte sichern den Wirtschaftsstandort Österreich.

Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in Österreich ist eine der obersten Prämissen der GBH. Nur eine „gesunde“ mit starkem Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgestattete Sozialversicherung ist der Garant für eine sichere Versorgung im Krankheitsfall und eine langfristige Absicherung unseres international anerkannten Sozialsystems.

Digitalisierung & Automatisierung

Gerüstet für die Arbeitswelt 4.0

Mit dem digitalen Zeitalter beginnt eine neue Zeitrechnung in der Arbeitswelt. Das bringt Veränderungen, denen wir uns aktiv stellen müssen. Viele Jobs gehen verloren, aber auch neue werden entstehen.

In jeder Veränderung liegen auch Chancen, diese müssen wir erkennen und nutzen. Dazu werden wir uns mit diesen Chancen, aber auch mit allen Risiken, intensiv auseinandersetzen, um unsere Mitglieder bestmöglich darauf vorbereiten zu können. Die Digitalisierung ist aber auch im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping eine Chance für einen besseren, fairen Wettbewerb.

In vielen Branchen hat die Digitalisierung bereits Einzug gehalten, im Baubereich geht der Einzug noch etwas langsamer voran. Die manuelle Herstellung von Bauwerken setzt nach wie vor in hohem Ausmaß auf Menschen. Die Aufgabe der GBH wird es daher

sein, sich aktiv in diesen Veränderungsprozess einzubringen. Nur mit Beteiligung der Gewerkschaft können negative Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhindert werden.

Folgende Herausforderungen stellen sich für uns

- **Was passiert mit den Beschäftigten der Bau-, Holz- und Steinbranchen in Österreich?**

Nicht alle werden ihren Job behalten!

- Was passiert mit denen, die ihren Arbeitsplatz verlieren?
- Können neue Jobs geschaffen werden und wenn ja, welche?
- Was passiert mit den Verlierern der digitalen Revolution?
- Wie passen wir die Ausbildung an diese neuen Herausforderungen an?

Forderungen der GBH

- Kostenlose Ausbildung und Umschulung

- Neue Rahmenbedingungen müssen in Kollektivverträgen Eingang finden
- Wahrung und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung
- Wahrung von Privatsphäre
- Ausbau der Sozialpartnerschaft auf allen Ebenen
- Sozialversicherungs- und Arbeitsaufzeichnungen digital erfassen und für Kontrollzwecke zugänglich machen
- Fonds für Beschäftigte in unseren Branchen schaffen: Staatlich dotierte Fonds und Stiftungen sollen sicherstellen, dass „digital abgehängte“ Beschäftigte unserer Branchen umgeschult und wiedereingegliedert werden. Wir retten mit Steuermitteln Banken vor Insolvenzen. Warum soll unverschuldet in die Arbeitslosigkeit getriebenen Beschäftigten nicht auch geholfen werden?



Arbeitswelt 4.0

Arbeiten wir, um zu leben oder leben wir, um zu arbeiten?

Die Arbeitszeit ist ein bestimmender Teil unserer Lebenszeit. Sie bestimmt auch, wie wir über unsere Freizeit verfügen können. Die GBH stellt der überfallsartigen Änderung – ohne Einbindung der Sozialpartner und Experten – des Arbeitszeitgesetzes durch die aktuelle Bundesregierung einen breiten Beteiligungsprozess gegenüber.

Das alte Arbeitszeitgesetz war bereits so flexibel, dass in Österreich noch jeder Auftrag fristgerecht ausgeführt werden konnte. Die letzte Änderung bringt keine Verbesserung für ArbeitnehmerInnen, führt aber zu einer Schieflage zu Gunsten der ArbeitgeberInnen. Die Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes und die Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen wurden massiv geschwächt.

Neben der Arbeitszeit muss für jeden Menschen auch ausreichend Zeit für Erholung sowie private, soziale und kulturelle Betätigung bleiben. Wer löscht das Feuer? Wer trainiert die Ju-

gend im Fußballverein? Abgesehen davon machen lange Arbeitszeiten krank und können tödlich sein!

Wer passt auf unsere Kinder und Kranken auf? Darüber hinaus haben Menschen in verschiedenen Lebenslagen besondere Anforderungen aufgrund von Betreuungspflichten, gesundheitlichen Einschränkungen, Pflege, Behinderung.

Ein modernes Arbeitszeitrecht muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Selbstbestimmung und Planbarkeit über ihre Arbeitszeit und Freizeit bieten.

Ein faires Arbeitszeitgesetz muss auf verschiedene Branchen und Anforderungen Rücksicht nehmen und kann nicht für alle Branchen gleich sein.

Die GBH fordert:

- Recht auf eine 4-Tage-Woche
- 100 % Zuschläge für 11. und 12. Stunde
- Selbstbestimmter Verbrauch von angesparten Zeitguthaben bei An-

wendung von Modellen mit Arbeitszeitkonten

- Klarstellung, dass mit der nach dem AZG möglichen „Ausnahme der 3. Führungsebene“ keine ArbeitnehmerInnen im „Arbeiterstatus“ gemeint sind. Im Bereich BUAG sind somit alle ArbeitnehmerInnen mit BUAG-Zugehörigkeit ausgenommen.
- 8 Stunden Arbeit bei 30 ° C sind genug
- Bezahlte Pause von 60 Minuten bei 12 Stunden Arbeitszeit
- 6. Urlaubswoche für alle
- Klarstellung der Anwendung des Durchrechnungszeitraums von 17 Wochen aus der Europäischen Arbeitszeitrichtlinie, um vielfach zusammenhängende 60-Stunden-Wochen zu verhindern
- 1.700 Euro pro Monat Mindestlohn in den Kollektivverträgen verankern
- Senkung der Lohnsteuer, damit mehr am Gehaltszettel übrig bleibt

Aus- und Weiterbildung 4.0

Recht auf lebenslange Bildung

Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Je höher der Bildungsgrad, umso besser sind die Berufschancen und damit die Basis für ein existenzsicherndes Erwerbsleben.

Der rasante wirtschaftliche Wandel erzeugt bei vielen ArbeitnehmerInnen Verunsicherung, ob ihre Qualifikation in Zukunft noch gefragt sein wird. Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für höher Qualifizierte deutlich niedriger als für jene, die nur Pflichtschulabschlüsse haben. Ähnlich ungleich verteilt sind die Chancen, rasch neue

Arbeitsplätze zu finden. Folgerichtig besteht ein steigender Bedarf zur Weiterbildung oder auch Umschulung. Vor allem Frauen sind hier besonders stark betroffen. Es muss daher unser Ziel bleiben, das „Recht auf Ausbildung für alle“ in unserer Gesellschaft zu verwirklichen und damit das „lebenslange Lernen“ zu unterstützen. In Österreich herrscht derzeit ein sehr starres Bildungssystem vor, mit Lehrplänen, die leider oft am realen Leben vorbeigehen. Themen wie politische Bildung, frühzeitige Berufsinformation oder soziale Kompetenz finden sich hier sehr eingeschränkt oder gar nicht wieder.

Die GBH fordert:

- Frühzeitige politische (und gewerkschaftspolitische) Bildung
- Frühzeitige Berufsinformation der 10- bis 14-Jährigen mit den zu erwartenden Einkommen und Aufstiegschancen
- Gesundheitsinformation und Ernährung als Pflichtfach
- Spezielle Bildungsprogramme für WiedereinsteigerInnen
- Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Kursbesuchen



BetriebsrätInnen-Ausbildung 4.0

Gut ausgebildete Betriebsräte sind das Fundament guter Gewerkschaftsarbeit

Die GBH legt großen Wert auf gute Bildungsarbeit für ihre BetriebsrätInnen und Betriebsräte, JugendvertrauensrätInnen und Jugendvertrauensräte. Neben Idealismus, Courage und Energie sind umfassendes arbeitsrechtliches Wissen, Gleichstellung, Termin-

management, Grundwissen der Kommunikation und Konfliktkompetenz gefragt. Für alle Funktionärinnen und Funktionäre muss eine Teilnahme an den Schulungsangeboten der Gewerkschaft Bau-Holz bestmöglich gewährleistet sein.

Die GBH fordert:

- Gesetzliche Erhöhung der möglichen Bildungsfreistellung
- Verpflichtende Teilnahme von BetriebsrätInnen an grundlegenden Gewerkschaftskursen

Privatleben 4.0

Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Die gesellschaftlich notwendige Arbeit umfasst die Erwerbsarbeit, die Arbeit im Privatbereich sowie zivilgesellschaftliches Engagement. Erwerbsarbeit muss planbar und unbefristet sein und die langfristige Existenzsicherung ermöglichen.

Eine kürzere, existenzsichernde Vollzeitarbeit und ausreichende Rahmenbedingungen tragen dazu bei, die Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen.

Die GBH fordert:

- Verkürzung der Vollarbeitszeit
- Die Schweden machen es vor! 6-Stunden-Tag bei gleichem Lohn erhöht Motivation, Produktivität und Lebensqualität.
- Ganztägige, flächendeckende, leistbare und qualitativ hochwertige Kinderbildungseinrichtungen
- Ganztägige Schulformen
- Volle gesetzliche Anrechnung der Elternkarenzen

- Familienbonus: Jedes Kind muss gleich viel wert sein
Warum bekommen Besserverdiener 1.500 Euro pro Jahr und Kind und Alleinerziehende unter 1.200 Euro brutto im Monat nur 250 Euro pro Jahr und Kind? Arbeitslose Mütter oder „Aufstocker zur Mindestsicherung“ bekommen keinen Familienbonus.

Lehrlinge 4.0

Imageaufwertung unserer Lehrberufe

Gemeinsam mit unseren Sozialpartnern müssen wir an Konzepten arbeiten, um das Image unserer Lehrberufe aufzuwerten. Dabei ist ein Schwerpunkt auf die Gesellschaft im Allgemeinen zu legen. Es muss wieder „in“ sein, eine Lehre zu beginnen.

Es muss wieder „in“ sein, sich als Facharbeiter zu bezeichnen. Dazu wird es notwendig sein, die umfangreiche

Ausbildung, die Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch Anforderungen an unsere Lehrberufe einer breiten Öffentlichkeit einfacher zugänglich zu machen.

Auf die Fragestellung: „Wer hat es gebaut?“, muss in den Köpfen der Bevölkerung die Antwort: „Sicher ein Bau-Holz-Arbeiter!“, verankert sein. Nur wenn wir es schaffen, das Image unserer Lehrberufe zu verbessern, wer-

den wir in Zukunft genügend Fachkräfte und somit Mitglieder für die Gewerkschaft Bau-Holz am Arbeitsmarkt zur Verfügung haben.

Die GBH fordert:

- Konzepte – auch gemeinsam mit den Sozialpartnern – zu überlegen, um das Image unserer Lehrberufe in der Öffentlichkeit aufzuwerten

Lehrlingsentschädigung bei Ü18-LehranfängerInnen

Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Lehrlinge ihre Lehre verspätet beginnen. Viele beenden eine Schulausbildung und möchten dann in eine Lehre eintreten oder wollen sich im ersterlernten Lehrberuf verändern.

Für diese Lehrlinge ist es schwer, mit der geringen Lehrlingsentschädigung des 1. Lehrjahres auszukommen. Der GBH ist es gelungen, in einigen Kol-

lektivverträgen (zum Beispiel am Bau) eine Lösung zu finden. Sind sie beim Beginn der Lehre 18 Jahre oder älter, erhalten sie schon im ersten Lehrjahr eine Lehrlingsentschädigung in der Höhe des dritten Lehrjahres.

Die GBH fordert für ihre Jugend:

- Alle Lehrlinge, die zum Beginn ihrer Lehre das 18. Lebensjahr vollendet haben, sollen ab dem 1. Lehrjahr

eine Vergütung in Höhe der Lehrlingsentschädigung des 3. Lehrjahres des jeweiligen Kollektivvertrags erhalten.

- Bezahlung eines Kurses in Erster Hilfe in der Berufsschule
Unsere Branchen sind am häufigsten von Arbeitsunfällen betroffen. Der GBH ist es ein Anliegen, dass junge Menschen lernen, wie sie sich im Ernstfall verhalten müssen



Aufwertung der Lehre 4.0

Rechtsanspruch auf Lehre mit Matura

In Österreich werden qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter gesucht. Wer einen Lehrberuf anstrebt, hat in vielen Branchen Chancen auf

einen gut bezahlten und sicheren Job. Dennoch sollte es machbar sein, dass nach einem Lehrabschluss Weiterbildung möglich ist.

Die „Lehre mit Matura“ hat sich bewährt. Die Praxis zeigt jedoch, dass die

Unternehmen auch mitspielen müssen. Bildung darf nicht vom guten Willen eines Dienstgebers abhängen.

Daher fordert die GBH:

- Rechtsanspruch auf Lehre mit Matura

Jugendvertrauensrat muss bleiben

Demokratie und Mitbestimmung!

Trotz massiver Proteste plant die Bundesregierung nach wie vor, den JVR abzuschaffen. Der demokratisch gewählte JVR setzt sich für die gesund-

heitlichen, sozialen und kulturellen Interessen der jungen ArbeitnehmerInnen ein. Was wollen die aktuelle Regierung den Jugendlichen damit sagen? „Hört auf, euch zu engagieren! Wir brauchen eure neuen Ideen nicht!“

Die JVR sind die demokratisch gewählten Vertreter junger Menschen im Betrieb.

Daher fordert die GBH

- Der JVR muss erhalten bleiben



Frauen/Mitbestimmung/Gleichstellung 4.0

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Betriebsräte sind durch ihre Mitbestimmung im Betrieb der Garant für sozialen Ausgleich. Frauen sind ein unverzichtbarer Teil der Gewerkschaft.

Auch die GBH konnte erfreulicherweise Frauen aus allen Branchen als Funktionärinnen gewinnen, die sehr selbstbewusst Verantwortung sowohl im Betrieb als auch im privaten Bereich leben. Diese positive Entwicklung muss durch gezielte Maßnahmen und Aktivitäten forciert werden.

Die GBH fordert:

- Gleichstellung von Frauen und Männern in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen
- Gesetzliche Verpflichtung zur Anrechnung aller Elternkarenzen auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche
- Schaffung von Netzwerken, um den Frauennachwuchs in der GBH zu fördern (Mentoring)
- Gleichstellungsmaßnahmen in Kollektivverträgen
- Präventive Maßnahmen in Aus- und Weiterbildung zur Abwehr arbeitspsychologischer Erkrankungen und die Erhöhung der „digital fitness“ für ArbeitnehmerInnen
- Mitbestimmungsrechte von Betriebsrätinnen und Betriebsräten müssen durch entsprechende Gesetze und in Kollektivverträgen der Gewerkschaft Bau-Holz gewährleistet werden
- Sensibilisierung für geschlechtergerechtes Einkommen auf betrieblicher Ebene, z.B. bei der Analyse von Einkommensberichten (Einstufung, Verteilung der Entgelte, Wert der Arbeit).
- Gender Mainstreaming ist als Querschnittsthema in Bildungsveranstaltungen der Gewerkschaft Bau-Holz zu etablieren
- Ausbildung von Genderverantwortlichen



Gegen Gewalt

Gewalt gegen die eigene Person zu erleben, ist für Betroffene - neben den körperlichen Verletzungen - erniedrigend und entwürdigend. Gewalt hat viele Gesichter. Die GBH tritt entschieden gegen jede Form von Gewalt auf!

Gewalt ist in allen Schichten und Bereichen vorhanden. Im häuslichen Bereich richtet sich Gewalt hauptsächlich gegen Frauen. Sie ist unabhängig von sozialen Schichten und ethnischer Herkunft. Gewalt in der Familie ist ein sehr sensibles Thema. Betroffene verschweigen aus Scham, Opfer von häuslicher Gewalt geworden zu sein und wissen oftmals nicht, welche Rechte sie haben, um sich und ihre Kinder zu schützen.

Aber auch am Arbeitsplatz nimmt Gewalt zu. Der steigende Wettbewerb, Personaleinsparungen und der damit verbundene Arbeitsdruck setzen den Menschen immer mehr zu. Dabei sind

Formen und Folgen von Gewalt im Job unterschiedlich. Mobbing, sexuelle Belästigung und körperliche Attacken führen dazu, dass Menschen sowohl psychisch als auch physisch in ihrer Arbeitsleistung beeinträchtigt sind.

Gegen Belästigung am Arbeitsplatz schützt neben strafrechtlicher Verfolgung auch das Gleichbehandlungsgesetz! Es entbindet aber die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht von der Erfüllung ihrer Fürsorgepflicht, Gewalt am Arbeitsplatz zu vermeiden. Seit 1997 gibt es in Österreich das Gewaltschutzgesetz, das die rechtliche Grundlage zum Schutz vor Gewalt in der Familie darstellt. Erst dieses Gesetz hat es möglich gemacht, von Seiten der Polizei gegen Übergriffe einzuschreiten und viele Betroffene zu schützen. Um aber über diese Rechte zu informieren, Menschen in Notsituationen zu helfen und auch wirtschaftliche Überbrückungshilfen zu leisten, sind spezifische Einrichtungen öster-

reichweit notwendig. Psychosoziale und juristische Prozessbegleitung, wohin sich Menschen in solchen Not-situationen jederzeit wenden können, sind nötig.

Daher fordert die GBH

- Ausreichende Budgetmittel für Einrichtungen, die Menschen, die Opfer von Gewalt wurden, betreuen und begleiten
- Ausreichende Anzahl von Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern, um die Sicherheit für bedrohte und misshandelte Menschen und vor allem Kinder zu erhöhen
- Der verpflichtende Einsatz von Organisations- und ArbeitspsychologInnen auf betrieblicher Ebene bei der Evaluierung der psychischen Belastungen
- Ein umfassendes Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz, das die Betriebe zu betrieblicher Gesundheitsförderung verpflichtet



Pensionen 4.0

Wertschätzung für unsere ältere Generation

Arbeiterinnen und Arbeiter, welche lange und schwer gearbeitet haben, verdienen Respekt, Dankbarkeit und einen angenehmen Lebensabend. Gerade Menschen in hohem Alter sind vielfach von Krankheit betroffen. Die GBH steht für eine optimale Gesundheitsversorgung und sichere Pensionen.

Die GBH fordert die politisch Verantwortlichen auf, die Pensionsleistungen langfristig auf dem hohen Niveau zu sichern, wie es in den letzten Jahren der Fall war.

Die GBH fordert:

- Abschaffung der Miteinbeziehung des Partnereinkommens bei der Berechnung der Pension, die unter

Umständen zum Verlust der Ausgleichszulagen führt

- Aufhebung von Ungleichbehandlungen bei der Negativsteuer
- Anspruch auf Negativsteuer für Ausgleichszulagenbezieher
- Aufhebung der Einschleifregelung beim Pensionistenabsetzbetrag
- Änderung des Pensionskassengesetzes
- Wiedereinführung der Mindesttragsgarantie
- Umfassende Evaluierung der Pensionskassen, der betrieblichen Kollektivversicherung und der prämiengeführten Zukunftsvorsorge, wie sie im ursprünglichen Regierungsprogramm vorgesehen war
- Sofortiger Freibetragsbescheid auch im Pflegefall: Im § 63 Abs. 4 EStG 1988 sollen als zusätzlicher Grund

für eine von einem Veranlagungsverfahren losgelöste Antragstellung auf einen Freibetragsbescheid für das laufende Kalenderjahr auch „Außergewöhnliche Belastungen aus (erkennbar länger dauerndem) Pflegeaufwand“ aufgenommen werden.

- Einheitliche, hohe Leistungen für alle Krankenversicherten, Unterschiede für einzelne Berufsgruppen beseitigen
- Selbstbehalte sollen vermieden werden.
- Geringe Rezeptgebühren für Personen, die Dauermedikation benötigen
- Bei künftigen Pensionsansprüchen, eine besondere Rücksichtnahme auf niedrigere Pensionen
- Anpassung bzw. Ausgleich bei betragsmäßigen Differenzen zwischen Frauen und Männern



Gesundheit 4.0

Das beste Gesundheitssystem der Welt muss bleiben

Die Gesundheitsversorgung in Österreich muss sich an den Menschen orientieren und regional organisiert sein, weil auch Menschen in entlegeneren Regionen ein Recht auf Versorgung vor Ort haben. Daher lehnt die GBH die Neuerungen im Sozialbereich ab und fordert die Bundesregierung auf, die Selbstverwaltung im Sozialversicherungsbereich nicht anzutasten.

Die Selbstverwaltung ist der Garant für die optimale und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung. Sie hat in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher auf ihre medizinischen Leistungen bei Krankheit oder Unfällen verlassen können und Pensionen langfristig gesichert sind.

Es ist richtig, dass historisch gewachsene Strukturen an die gesellschaftli-

chen Veränderungen angepasst werden müssen – jedoch muss der Patient dabei immer im Vordergrund stehen.

Die Umstrukturierung durch die aktuelle Regierung kostet die Versicherten Milliarden Euro und schwächt die Selbstverwaltung.

Folgende Forderungen sind mit einer Strukturreform, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, untrennbar verbunden:

- Beibehaltung der Selbstverwaltung in Gesundheits- bzw. Rehabilitationseinrichtungen zur Vermeidung von 2-Klassen-Medizin und zur Gewährleistung von leistbarer Versorgung für ArbeitnehmerInnen auf Spitzenniveau
- Der Angriff der aktuellen Regierung auf unser Gesundheitssystem muss mit allen Mitteln bekämpft werden (Verfassungsklage)

- Länder-Krankenkassen und AUVA erhalten
- Nein zu Selbsthalten
- Nein zu VIP-Ambulanzen
- Es darf zu keinem Ausverkauf des Gesundheitssystems kommen. Einer Privatisierung des Gesundheitssystems muss entschieden entgegengetreten werden
- Private Strukturen im Gesundheitswesen dürfen, sowohl im Versicherungssektor als auch bei medizinischer Versorgung, weiterhin die gesicherte Grundversorgung nicht ersetzen, nur ergänzen
- Deine Gesundheit und die unserer Kinder geht immer vor
- Eine echte Harmonisierung der Versicherungsleistungen unter allen Trägern in Österreich, mit dem Ziel, die besten Leistungen für alle Versicherten in Österreich zu gewährleisten



Lebenswelten 4.0

Leistbares Wohnen und funktionierende

Infrastruktur 4.0

Das Defizit in der Infrastruktur Österreichs lässt sich nicht übersehen. Straßen werden nur unzureichend ausgebaut oder saniert. Das Kanalnetz ist überaltert. Gesundheitseinrichtungen platzen aus allen Nähten.

Damit ist auch die Sicherheit im Straßenverkehr angesprochen. Studien beweisen, dass eine sanierte Straße auch eine sichere Straße ist. Je höher der Standard, desto sicherer ist der Verkehr. Damit sinken die Zahlen der Todesfälle und der Schwerverletzten im Land.

Auch gibt es einen Zusammenhang zwischen Straßenzustand und Um-

weltverschmutzung. Nur eine neuwertige Straße sorgt für weniger Schadstoffe. Die Umwelt kann damit aufatmen.

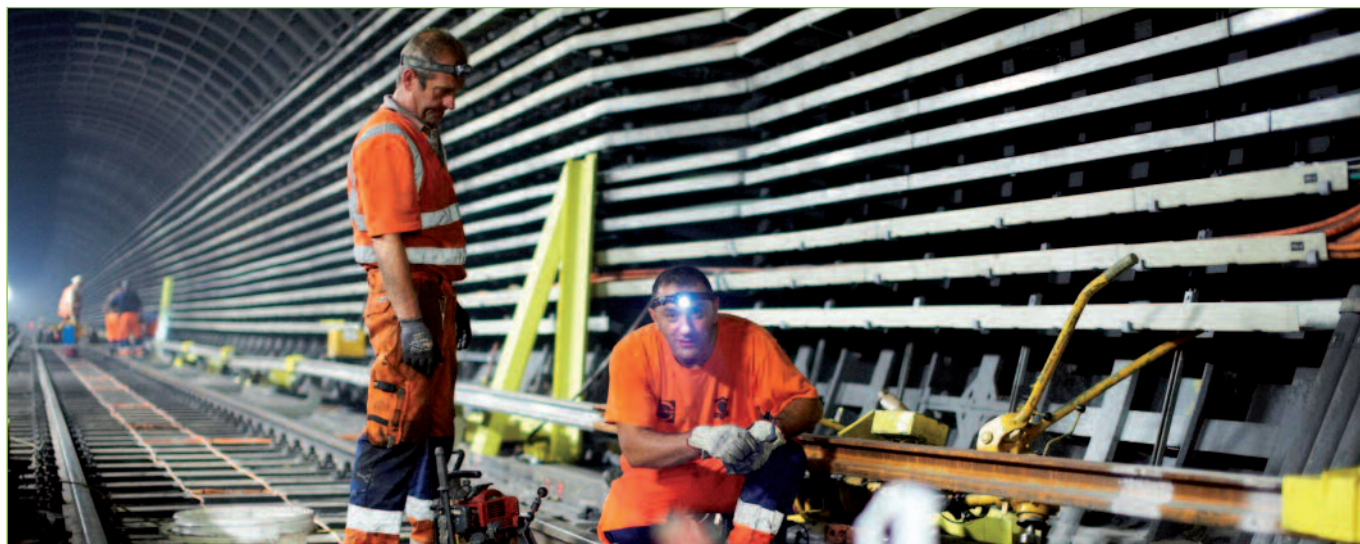
Die GBH steht aber auch zum Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Die umweltverträglichste und sicherste Variante des Verkehrs ist die Schiene.

Die Zukunft gehört unseren Kindern. Ihre Bildung ist uns ein Auftrag. Daher macht sich die GBH für ein Ausbauprogramm der öffentlichen Schulen stark. Freilich ist bis 2017 im Schulbereich ein großes Investitionsprogramm durchgeführt worden. Dennoch gibt es Schulen und damit SchülerInnen, die buchstäblich im Regen stehen. Es kann

nicht sein, dass Dächer kaputt, Turnsäle und sanitäre Einrichtungen veraltet sind.

Die GBH fordert:

- Sanfter Ausbau der Straßen- und Bahnverbindungen
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs für Pendler
 - Mehr Züge/Busse in kürzerer Taktung
 - Kostenlose Park- & Ride-Anlagen
- Sanierung von Schulen und Kindergärten
- Förderung von „grüner“ Energie
- Sanierung des bestehenden Kanalnetzes



Infrastruktur

Wohnen 4.0

Eine Wohnbauförderung muss vor allem diejenigen fördern, die sie am dringendsten brauchen. Wir brauchen eine zielgerichtete und sozial treffsichere Wohnbauförderung statt eines Gießkannenprinzips.

Bis zu 50 Prozent des Familieneinkommens für das Wohnen aufzuwenden, ist nicht akzeptabel. Die Wohnkosten dürfen 30 Prozent des Familieneinkommens nicht überschreiten. Die Initiative Umwelt und Bauen hat ein Wohnbauförderungsmodell entwickelt, das diesen Anforderungen entspricht.

Deshalb fordert die GBH den Start einer „Wohnbau-Offensive“:

- Schaffung eines Wohnbaufinanzierungssystems, in das die Ertragsan-

teile des Bundes, die Wohnbauförderungsbeiträge und die Darlehensrückflüsse zweckgebunden einfließen und so ein revolvierendes Finanzierungssystem entsteht, welches im Optimalfall nach Jahren selbsttragend sein kann.

- Ersatzloses Streichen der verlorenen Geldgeschenke für Eigentumswohnungen und Eigenheime und Umstellung auf Darlehensmodelle, mit denen kommende Kapitalmarktschwankungen ausgeglichen werden können.
- Zwingende Anhebung des Grundbetrages der Mietwohnbauförderung bei steigenden Zinsen, um Kapitalmarktschwankungen entgegenzuwirken.
- Reduktion der oftmals zu großzügigen Einkommensgrenzen im Eigenheim- und Eigentumswohnbau auf Einkommensgrenzen, die eine so-

ziale Treffsicherheit bewirken.

- Schwerpunktsetzung auf den geförderten Mietwohnbau. Keine Mehrwertsteuer bei Mieten.
- Ausmisten von überdimensionierten Auflagen im Wärmeschutz, Lärmschutz, bei Parkplätzen, Barrierefreiheit und dergl., um die Baukosten zu senken. Bundesweit einheitliche Vorgaben wären hier sinnvoll.
- Baulandaktivierung durch eine Vertragsraumordnung, die bei Umwidmungen einen verpflichtenden Anteil für den sozialen Wohnbau zu festgelegten Grundstückspreisen garantiert.
- Um zusätzliche Wohnbaumittel für Länder und gemeinnützige Wohnbauträger aus der Europäischen Investitionsbank zu generieren, ist die bereits geschaffene Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) wieder zu aktivieren.



Globales Arbeiten 4.0

Gleiche Arbeit am gleichen Ort zu gleichem Lohn

Wir leben in einer globalisierten Arbeitswelt. Weltweite Zusammen-schlüsse von Unternehmen erfor-dern auch Vernetzungen von Arbeitnehmern.

Die GBH setzt sich nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im internationalen Bereich für die Rechte der ArbeitnehmerInnen ein. Gerade in einer Zeit der zunehmenden sozialen Kälte ist es notwendig, dass Gewerkschaften gemeinsam internationale Netzwerke knüpfen.

Nur starke Gewerkschaften sind der Garant für faire Bedingungen am in-

ternationalen Arbeitsmarkt. Gerade vor dem Hintergrund einer sich wandelnden politischen Landschaft in Österreich, aber auch in weiten Teilen der EU muss es ein Gebot der Stunde sein, dass die Gewerkschaftsidee auflebt.

Seit der Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus den neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa sind verstärkt Entsendungen zu beobachten.

Österreich ist das Land, das zu den am stärksten betroffenen Staaten gehört. Arbeiter aus Mittel-, Ost- und Südeuropa kommen zu uns und müssen zum

Teil unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten.

Die GBH fordert:

- Gleiche Arbeit am gleichen Ort zu gleichem Lohn
- Die Bundesregierung muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Missbrauch bei Entsendungen abzustellen.
- Rasches Handeln der EU, um Sozialdumping innerhalb Europas bestmöglich bekämpfen zu können
- Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde mit Sitz in Wien

Company Law Package:

Leider ist schon das nächste liberale Paket der EU auf dem Weg.

Das sogenannte Company Law Package sieht vor, dass zwar mehr Transparenz im Gesellschaftsrecht Einzug hält, setzt aber auf falsche Mittel, denn es soll eine Online-Anmeldung und Registrierung von Unternehmen kommen.

Das kommt einer Einführung der SUP-Richtlinie durch die Hintertür gefährlich nahe. Es gibt schon genug Briefkastenfirmen in der EU. Dieser Vorschlag öffnet „Tür und Tor“ zu noch mehr Scheinfirmen, die ihren Weg nach Österreich finden werden.

Die GBH fordert:

- Die GBH lehnt den Entwurf ab und fordert die Bundesregierung auf, dass sie alles unternimmt, dass dieses neoliberale Projekt beendet wird.

Faires Steuersystem 4.0

Ein sozialer Ausgleich ist Garant für sozialen Frieden

Die ArbeitnehmerInnen tragen mit rund 75 Prozent schon jetzt mit ihren Steuern (Lohnsteuer und Mehrwertsteuer) zur Aufrechterhaltung unseres Staates bei.

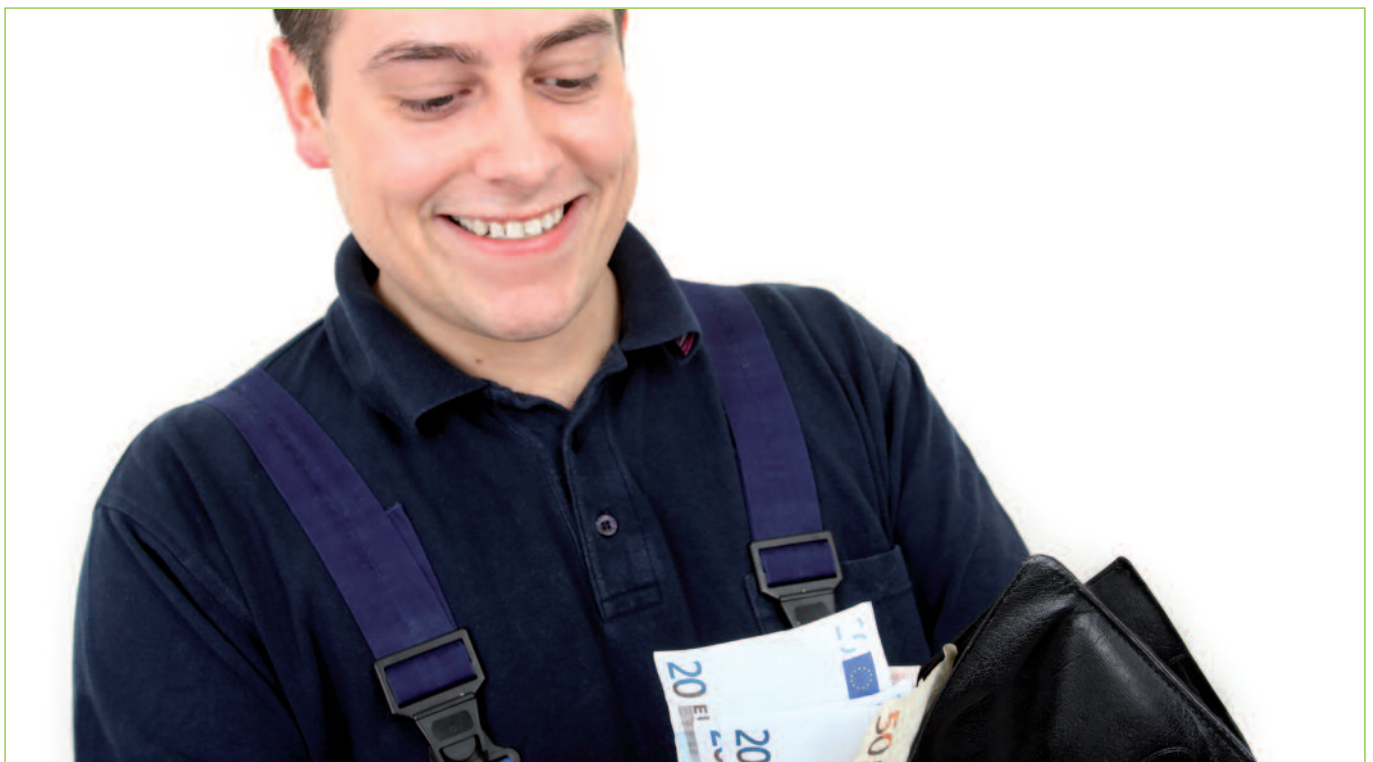
Die Bundesregierung plant eine Steuerreform im Ausmaß von 5 Milliarden Euro, bei der die ArbeitnehmerInnen jedoch nur einen Bruchteil erhalten sollen. Wirtschaft und Vermögen sollen bei dieser Steuerreform besonders begünstigt werden. Abgesehen von dieser unfairen Verteilung unserer

Steuern, ist auch die Diskussion über eine stärkere Vermögensbesteuerung fortzusetzen. Im internationalen Vergleich hat hier Österreich noch einen enormen Aufholbedarf.

Forderungen der GBH:

- Eine faire Verteilung bei der Steuerreform
- Steuerentlastung für untere Einkommen
- Europäische Besteuerung von internationalen Großkonzernen (Nike, Amazon, Starbucks, IKEA, Google ...)

- Besteuerung von Vermögen zur Aufrechterhaltung unseres Sozialsystems mit allen Leistungen (Gesundheit, Pflege, Pensionen)
- Erhöhung der Steuerfreibeträge für Pendler bei Taggeldern und Reiseaufwendungen
- Aufrechterhaltung der Steuerbegünstigungen bei Sonderzahlungen
- Automatischer Ausgleich bei kalter Progression
- Erhöhung von Arbeitnehmerabsetzbeträgen



Migration und Integration 4.0

Das Miteinander stärken statt gegeneinander ausspielen

Migration und Integration waren in den vergangenen Jahren zwei bestimmende Themen der öffentlichen Diskussion. Beide Themen sind wichtig, sollten aber nicht miteinander vermischt werden.

Der Wiederaufbau und Wohlstand Österreichs wäre ohne die vielen „Gastarbeiter“ nicht möglich gewesen. Viele Dienstleistungen – vor allem im Gesundheitsbereich – sind ohne die Arbeit von Migranten und Migrantinnen nicht vorstellbar.

Wie gehen wir als offene, pluralistische Gesellschaft miteinander um? Die Frage, wie wir Schutzbedürftigen helfen und dafür sorgen können, dass die Zuwanderung geordnet verläuft, ist getrennt davon zu behandeln.

In einer wirtschaftlich globalisierten Welt ist eine vernünftige Migrationspolitik nur gemeinsam und nicht nationalstaatlich lösbar. Die aktuelle Bundesregierung handelt hier aus blankem Populismus mit falschen Fakten, gegen die Interessen Österreichs, mit dem Ziel, unsere Gesellschaft gegeneinander auszuspielen.

Die GBH fordert:

- Die Bundesregierung muss von ihrer Politik der Spaltung und internationalen Ausgrenzung Österreichs (Stichwort Migrationspakt) Abstand nehmen
- Ein funktionierendes Zusammenleben: Dazu ist es notwendig, dass alle Menschen, die hier leben, die deutsche Sprache lernen. Deshalb fordern wir die Regierung auf, hier

nicht finanzielle Kürzungen vorzunehmen, sondern für die Sicherheit Österreichs das Angebot an die Nachfrage anzupassen.

- Ängste beim Namen nennen: Viele gesellschaftliche Herausforderungen und individuelle Ängste haben ihre Wurzeln nicht in der Zuwanderung, sondern in Armut und sozialer Ungleichheit. Diesen Ängsten ist mit Aufklärung und mit einer Politik zu begegnen, die für soziale Sicherheit sorgt, statt für Benachteiligung und Ausgrenzung. Wir müssen jenen gegenüberstehen, die soziale Konflikte zu ethnischen und kulturellen Konflikten machen wollen und dadurch Benachteiligte gegeneinander ausspielen.



Mindestsicherung 4.0

Jobverlust darf kein Leben zerstören

Die Maßnahmen der Bundesregierung fördern und unterstützen nur Großkonzerne und Besserverdiener.

Bei den niedrigsten Einkommen und Schwächsten in unserer Gesellschaft wird gekürzt. In einer funktionieren-

den Gesellschaft muss Solidarität mit denen, die Hilfe benötigen, im Mittelpunkt stehen.

Forderungen der GBH:

- Beratungen und Schulungen für Arbeitssuchende ausbauen, nicht kürzen und streichen

- Erhalt der Notstandshilfe
- Kein Zugriff auf Ersparnis
- Wiedereinführung der Aktion 20.000

- Mit 45 Jahren zählt keiner zum alten Eisen: Erfahrung ist Gold wert!
- 20.000 neue Jobs für Ältere



